

WACHSEN MIT DER TRANSFORMATION.

Eingereicht von: Enzo Weber

Die makroökonomische Situation wird durch zwei Faktoren bestimmt: Knappheit und Transformation. Über die vergangenen Monate zeigte sich, dass die Wirtschaft am Rande dessen arbeitet, was unter den derzeitigen Bedingungen und Beschränkungen möglich ist. Dazu zählen nicht nur Corona-Einschränkungen, sondern auch Engpässe bei Rohstoffen und Zwischenprodukten sowie die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften. Letztere betrifft die bekannten Bereiche wie IT, Technik, Handwerk, Pflege, Gesundheit und Erziehung, aber nun auch Krisenbranchen wie die Gastronomie. Der [Arbeitskräfteknappheitsindex](#) des IAB liegt auf Rekordstand.

Zwei Trends sprechen dafür, dass sich die Knappheit noch verschärfen wird: Erstens wird der Ausbau regenerativer Energien in Folge des Ukraine-Kriegs noch einmal forciert. Für die ökologische Transformation werden [hunderttausende Fachkräfte](#) gerade im technischen und handwerklichen Bereich benötigt. Hier ist nicht mehr nur zu fragen, welche Effekte die Transformation auf den Arbeitsmarkt hat, sondern, [was der Arbeitsmarkt für die Transformation tun kann](#). Zweitens steht der deutsche Arbeitsmarkt mit der Verrentung der Babyboomer vor einer nicht zu unterschätzenden demografischen Schrumpfung. Die Transformation ändert die Anforderungen an die Beschäftigten, und die demografische Schrumpfung führt dazu, dass Wachstum über einen Zuwachs an Arbeitskräften perspektivisch nicht mehr möglich sein wird, sondern nur noch über Klasse statt Masse.

Stark steigende Preise und wachsende Engpässe – diesen Folgen der Corona-Krise und des Ukraine-Kriegs ist nicht wie anderen Rezessionen mit einer reinen expansiven Nachfragepolitik beizukommen. Dies gilt umso mehr, als Corona eine [transformative Rezession](#) ausgelöst hat. Also nicht nur einen vorübergehenden Wirtschaftseinbruch wie etwa in der Weltfinanzkrise 2009, sondern eine erhebliche Beschleunigung des strukturellen und technologischen Wandels. Zunächst ist es wichtig, kurzfristig in der sich verschärfenden Energiekrise neben der Entlastung einkommensschwacher Haushalte die Produktion aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Transformation voranzubringen. Dafür bedarf es geeigneter wirtschaftspolitischer Instrumente im Sinne von [Produktionsprämien](#) für energieintensive Betriebe. Grundsätzlich ist es Zeit für eine Politik, die unsere wirtschaftlichen Potenziale erweitert, quantitativ und qualitativ, und die genau an den neuralgischen Punkten ansetzt, die Dynamik hemmen, aber auch entfesseln können. Wir brauchen eine [neue Angebotspolitik](#).

Es wird ein Qualifizierungsschub benötigt

Weiterbildungspolitik sollte deshalb proaktiv angelegt sein und dazu beitragen, dass sich Beschäftigte kontinuierlich fortbilden. Schließlich stellt sich die Distanz zum Bildungssystem und zum Lernen an sich oft als wesentlicher Grund gegen eine



Weiterbildung Jahre nach dem Abschluss heraus. Statt als „Abschluss“ sollten wir Erstausbildung als „Anfang“ denken: Wenn wir nach der Erstausbildungsphase mit einem verbundenen modularen Kompetenzrahmen direkt Anknüpfungspunkte zu weiteren möglichen Entwicklungsschritten bieten, könnte fortgesetzte Qualifizierung als Perspektive dagegen von Beginn an etabliert werden. Weitere Qualifizierungsleistungen zu erreichen, kann dabei als Motivation dienen wie auch als Qualitätssignal im Arbeitsmarkt. Dafür braucht es einen flexibel ausgestalteten Kompetenzrahmen, um die Breite und Verschiedenartigkeit von Weiterbildungsangeboten, die sich am Markt entwickeln, zu nutzen. Da es um das Arbeitsleben geht, sollte diese Politik in betrieblicher Verantwortung liegen, und da es um Bildung geht, öffentlich unterstützt werden.

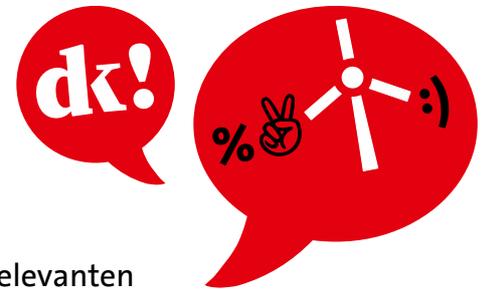
Ein Schub für die berufliche Bildung

Auch bei der beruflichen Erstausbildung lohnt sich eine variable Perspektive. Die Engpässe in vielen Jobs auf mittlerer Qualifikationsstufe werden immer drängender, nochmals verschärft durch die zusätzlichen Bedarfe in Handwerk und Bau im Zuge der Energiewende. Der Zulauf in die duale Ausbildung nimmt aber seit Jahren ab. Ein niederschwelliger, auch modularer, Einstieg in eine Ausbildung kann es erleichtern, diejenigen zu erreichen, die immer noch ohne Berufsabschluss bleiben. Und genauso braucht es ein starkes Signal, dass der duale Weg fit macht für die digitalisierte Zukunft des Arbeitens. Zusatzmodule für diejenigen, die auch über eine akademische Ausbildung nachdenken oder in der Folge den Weg zum Meister im Blick haben, wären eine Option. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen könnte ein [Ausbildungsprogramm 4.0](#) einen Schub bringen: Förderung der digitalen Ausstattung, didaktische und technische Schulung des Ausbildungspersonals sowie gezielte Beratungsangebote. Bei Ausstattung und neuen didaktischen Konzepten sollten auch die Berufsschulen in das Programm einbezogen werden.

In Zeiten technologischer und wirtschaftlicher Umbrüche sollten Zweitausbildungen ein normaler Teil des Bildungssystems werden, mit entsprechender Absicherung auch für Menschen in der Mitte des Berufslebens. Dabei muss es keineswegs immer um komplette Umstiege gehen, sondern auch darum, im Arbeitsmarkt die effektivsten Wege zu Jobs mit verwandten Kompetenzen zu finden. Beschäftigte aus der Verbrennerproduktion beispielsweise verfügen über grundsätzliche technische Fähigkeiten, die in Handwerk und Industrie mit gezielter Weiterentwicklung auch für die Energiewende sinnvoll eingesetzt werden können. Wechsel erleichtern kann ein [Paket](#) aus modularer Qualifizierung, Vermittlung und vorübergehender Entgeltsicherung, zu dem auch die abgebenden Firmen einen Beitrag leisten könnten.

Potenziale von Zuwanderung und Qualifikation

Ohne Migration wird das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland bis zum Jahr 2030 um rund fünf Millionen Personen schrumpfen. Um dieses konstant zu halten, würde selbst bei steigender Erwerbsbeteiligung ein jährlicher Migrationsüberschuss von gut



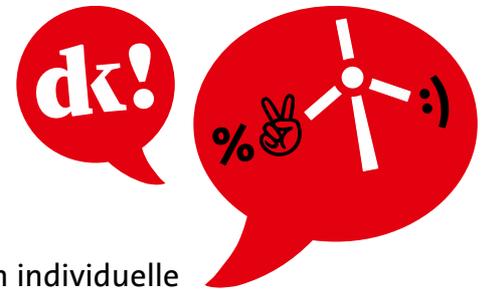
400.000 Personen benötigt. Da die im vergangenen Jahrzehnt relevanten Herkunftsländer vor allem im Osten der Europäischen Union demografisch noch stärker altern als Deutschland, wird eine offene Zuwanderungspolitik auf Drittstaaten setzen müssen. Dazu gehören erweiterte Möglichkeiten beim Zuwanderungsrecht. Zudem geht es um Transparenz, einfachere Abläufe und konkrete Hilfestellungen schon in den Herkunftsländern. Allerdings passen ausländische Bildungsleistungen oft nicht ohne weiteres in den deutschen Qualifikationsrahmen. Das stellt einerseits eine wesentliche Hürde für Migration dar, und macht andererseits auch den bereits Zugewanderten Probleme: Viele von ihnen arbeiten in Deutschland unter den Möglichkeiten, die ihre Kompetenzen eigentlich hergeben würden; und jährlich ziehen knapp [zehn Prozent](#) der hier lebenden Menschen aus dem Ausland wieder aus Deutschland fort. Wir sollten daher eine umfassende und proaktive Serviceleistung etablieren, die Kompetenzen feststellt, offen und nach Gleichwertigkeitskriterien formal anerkennt und mit gezielten Qualifizierungen durch weitere Bausteine ergänzt. Dies sollte berufsbegleitend geschehen, wie auch das Verbessern der deutschen Sprachkenntnisse.

Eigentlich wäre Kurzarbeit die beste Zeit für Weiterbildung, fallen doch Arbeitsstunden aus und besteht das Risiko, während der Stillstandsphase vom voranschreitenden Wandel abgehängt zu werden. Die Beteiligung war aber wie in der Rezession 2009 auch in der Corona-Krise wieder sehr niedrig, vor allem, weil die Geschäftsentwicklung unsicher ist und Weiterbildung organisatorisch schwer an wechselnde Dienstpläne anzupassen. Für den nächsten Eventualfall sollte deshalb ein geeignetes [Konzept](#) vorgehalten werden. Wichtig wären vorbereitete, modulare und flexible, oft auch digitale, Formate, um Qualifizierung unter schwer planbaren Bedingungen umzusetzen.

Qualifikation muss vor allem flexibel sein, wenn Dinge in Bewegung kommen – sowohl bei nachgefragten Kompetenzen, als auch bei den angebotenen Kompetenzen, zum Beispiel von Menschen, die sie in einem anderen Land und Bildungssystem erlernt haben. Beides wird die 2020er Jahre prägen. Ein Qualifikationssystem mit hohen Standards, aber auch hoher Flexibilität, ist die richtige Antwort darauf.

Langzeitarbeitslosigkeit zügig senken

Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich mit Corona deutlich erhöht. Hier besteht das Risiko einer Verfestigung, zumal ein starker Aufschwung angesichts der verlängerten Omikron-Welle und der Folgen des Ukraine-Kriegs zunächst einmal ausbleiben droht. Ist eine Verfestigung – etwa durch die Entwertung von Arbeitserfahrungen oder durch Motivationsverlust – erst einmal eingetreten, sind Jobchancen und Arbeitskräftepotenzial dauerhaft geschmälert. Hier muss rechtzeitig gegengesteuert werden. Zusätzliche Anstrengungen für Qualifizierung und die Stärkung der Bereitschaft durch Anreize wie ein Weiterbildungsgeld können einer drohenden Verfestigung insbesondere in Zeiten starken strukturellen Wandels entgegenwirken.



Um Arbeitslose schnell wieder in Jobs zu bringen, sollten zudem individuelle [Lohnkostenzuschüsse](#) bei Bedarf vorübergehend ausgeweitet werden. Davon haben bisher üblicherweise Personen mit Vermittlungshemmnissen profitiert. Künftig sollten bei professioneller Beurteilung der Risikolage auch Personen berücksichtigt werden, deren Arbeitslosigkeit sich aufgrund langwieriger Kriseneffekte zu verfestigen droht.

Attraktive Rahmenbedingungen für Selbständigkeit

Selbstständige sind in der Krise ebenfalls erheblich unter Druck geraten. Ihre Zahl befand sich allerdings schon lange vor der Krise im Sinkflug. Deshalb ist es wichtig, die Rahmenbedingungen für Selbstständige in vielfacher Hinsicht zu verbessern. Dazu beitragen könnte eine verstärkte und flexiblere Gründungsförderung auch aus der Arbeitslosigkeit heraus, vermehrte und einfachere Bereitstellung von Wagniskapital sowie die Möglichkeit einer sofortigen Verlustverrechnung mit Gewinnen vergangener oder künftiger Jahre. In der Ausbildung könnte zudem eine Entrepreneurship-Komponente den Blick für unternehmerisches Handeln schärfen. Selbstständige sollten wie Beschäftigte gegen [Arbeitslosigkeit und vorübergehende gravierende Entgeltausfälle](#) abgesichert werden. Das vermeidet, dass Krisen direkt die Substanz gefährden, hält den Rücken frei für eine mutigere berufliche Entwicklung und bildet die Kosten sozialer Sicherung in den Marktpreisen ab. Für Crowdworker lässt sich eine [Digital Soziale Sicherung](#) direkt bei den Plattformen andocken.

Bessere Anreize bei Minijobs

Mit Abstand am stärksten zurückgegangen ist in der Covid-19-Pandemie die ausschließlich geringfügige Beschäftigung. Für den Wiederaufbau von Beschäftigung liegen hier Chancen, denn viele Minijobber möchten und könnten mehr arbeiten. Deshalb sollten Steuern und Abgaben so ausgestaltet werden, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Vergleich attraktiver wird. Dabei sollte aber die Einfachheit und Flexibilität der Beschäftigung für die Betriebe erhalten werden. Das würde die Anreize für längere Arbeitszeiten und Investitionen in die berufliche Entwicklung dieser Beschäftigten erhöhen – und damit auch deren Produktivität.

Aktive Investitions- und Industriepolitik

Die Reichweite der digitalen und ökologischen Transformation erfordert eine aktive Investitionspolitik. Öffentliche Ausgaben sollten für diesen Zweck langfristig geplant sein. Wissen Bauunternehmer nicht, wie die grundsätzliche Auftragsentwicklung über zwei Jahre aussieht, dämpft das Investitionen in neue Maschinen und nachhaltige Zuwächse bei der Belegschaft. Werden staatliche Ausgaben und Nachfrage unvorhersehbar erhöht, führt dies im Zweifel lediglich zu höheren Preisen. Eine neue Angebotspolitik braucht klare Investitionspfade. Das Gleiche gilt für den regulatorischen Rahmen. Chemieunternehmen zum Beispiel investieren mit Zeithorizonten von zehn Jahren oder mehr. Ein jährlich schwankender CO₂-Preis oder gar ungewisser Bepreisungsmechanismus erschweren es Unternehmen, ihren

Klimagerechte Wirtschaft



Investoren klare Perspektiven zu präsentieren. Damit der Markt seine Stärken ausspielen kann und Unternehmen investieren, bedarf es eines vorhersehbaren Regelwerks.

Eine neue Angebotspolitik geht unweigerlich mit industriepolitischen Weichenstellungen einher. Effektiv umzusetzen wäre diese in einem transparenten Prozess, der gesellschaftliche Ziele und Zeithorizonte definiert, Ergebnisse systematisch evaluiert und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung aufzeigt. Problemen von Protektionismus, Fehlplanung und Beharrungsvermögen würde man so entgegentreten. Die Herausforderung ist dabei auch international: Es geht um neue europäische Wertschöpfungsketten und darum, die Potenziale globaler Integration mit stärkerer Diversifizierung, Resilienz und Risikobetrachtung zu verbinden. Orientieren könnte man sich etwa am Europäischen Semester und dem [Prozess zur Erstellung der nationalen Recovery and Resilience Pläne](#).